

# Beschlussprotokoll des ausserordentlichen Wahlparteitages

## Samstag, 14. Februar 2015, 11 – 16 Uhr

**Vorsitz:** Christian Levrat  
**Protokoll:** Simon Roth, Pascal Zwicky  
**Anwesend:** 450 Delegierte und 40 Gäste

### Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

### 1. Eröffnung des Parteitages

Der Parteitag wird von Co-Generalsekretärin **Leyla Gül** eröffnet. Es folgen Grussworte von Nationalratspräsident **Stéphane Rossini** und **Thomas Burgener**, alt Staatsrat VS, und SP-Ständeratskandidat.

### 2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

#### 2.1. Mitteilungen

#### 2.2. Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

StimmzählerIn	VertreterIn
Valentin Zuber	Maurane Riesen
Sebastian Werlen	German Eyer
Nicole Bourgeois	Felix Bourgeois
Severin Bischof	Renate Rutishauser
Luka Markic	Marianne de Mestral
Catherine Thomet	Kirthana Wickramasingam
Stefan Müller	Matteo Langenegger
David Stampfli	Edith Sigenthaler
Ruth Eckhardt	Marianne Rybi
Dimitri Moretti	Rebekka Wyler
Renzo Loiudice	Christa Flückiger
Christoph Suter	Dominik Dietrich
Ursula Nakamura	Andrea Jerger
Ervin Sheu	Daniel Perret-Gentil
Tobias Kaiser	Raphael Kaiser
Dimitri Spiess	Rolf Keller

**Beschluss des Parteitags:** Stimmzählende werden wie runtergelesen gewählt.

#### 2.3. Genehmigung der Geschäftsordnung

Pro Resolution/Antrag können neben den Antragstellenden maximal vier RednerInnen sprechen. Redezeit: Max. fünf Minuten für die Antragsstellenden, max. drei Minuten für die übrigen RednerInnen.

### Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Vor Beginn des vorherigen Traktandums einreichen.

Traktandenliste genehmigt

**Beschluss des Parteitags:** Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

### **2.4. Wahl der Mandatsprüfungskommission**

**Beschluss des Parteitags:** Monika Bolliger und Karin Mader werden gewählt.

### **2.5. Wahl Präsident des Wahlbüros**

**Beschluss des Parteitags:** Carlo Lepori wird gewählt.

## **3. Protokoll ordentlicher Parteitag 2014**

Genehmigung des Beschluss-Protokolls des ordentlichen Parteitages vom 28. Juni 2014 in Winterthur. Dieses kann unter [www.spschweiz.ch/parteitag](http://www.spschweiz.ch/parteitag) heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

**Beschluss des Parteitags:** Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

## **4. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR**

Die Rede von Parteipräsident Christian Levrat kann auf der Website der SP Schweiz ([www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)) heruntergeladen werden.

## **5. Wahlplattform 2015**

### **5.1. Eintretensdebatte**

Sprechende:

**Geraldine Savary für das Präsidium:** Sie erläutert die Zielsetzung der Wahlplattform: Respekt für alle Menschen. Dazu braucht es konkrete Antworten auf konkrete Fragen. Sie bittet die Wahlplattform zu verabschieden und wünscht sich eine erspriessliche sozialdemokratische Debatte.

**Jacqueline Fehr für das Präsidium:** Erläutert einige konkrete Herausforderungen der aktuellen Politik, auf die die Wahlplattform sozialdemokratische Antworten gibt und Vorschläge liefert.

**Yvonne Feri namens der SP Frauen:** Begrüsst die Aspekte zur Gleichstellung in der Wahlplattform. Die SP Frauen sagen ja zur Wahlplattform und werden die Anträge der GL unterstützen.

### **5.2. Diskussion und Behandlung von Anträgen (A-1 bis A-23)**

**Forderung 1: Lohngleichheit mit verbindlichen Vorgaben und flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen durchsetzen**

### **A-1 Für GAVs, mit denen die Lohngleichheit durchsetzbar ist**

**Antragsteller:** Parti socialiste genevois

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist mit der Stossrichtung der Formulierung im Text des Antrags einverstanden und ist der Ansicht, dass sie inhaltlich absolut mit dem bestehenden Text übereinstimmen. Gesamtarbeitsverträge sind ein wichtiges und wirksames Instrument, um die Lohngleichheit voranzutreiben, aber auch andere Arbeitsbedingungen verbindlich festzuschreiben. Die SP setzt sich deshalb für eine flächendeckende Einführung von GAVs ein, wie es auch die Antragstellenden formulieren. Da momentan lediglich 50% der Arbeitnehmenden von einem GAV gedeckt sind, muss die Lohngleichheit auch mit zusätzlichen gesetzlichen Massnahmen realisiert werden, d.h. verbindlichen Zielvorgaben und Sanktionsmöglichkeiten, weshalb die Geschäftsleitung diese Forderung im Titel explizit beibehalten möchte.

**Beschluss des Parteitags:** Angenommen

Die GL unterstützt Forderung. Diese wird ohne Diskussion beschlossen.

### **Forderung 3: Die Erhöhung der Renten um 10 Prozent gewährleistet ein Alter in Würde**

#### **A-2 Ein wirklich würdiges Leben im Alter sicherstellen**

#### **A-3 Finger weg vom Rentenalter, weg mit den Ehepaarrenten**

**Antragsteller:** Parti socialiste genevois

Rodrik Albert vertritt für GL SP Genf Begründung zu A-2 und A-3.

Jacqueline Fehr: vertritt die ablehnende Haltung der GL SP Schweiz zu A-2 und A-3.

Michel Zimmermann: Begründet Antrag A-3.

Jacqueline Fehr: Präzisiert vorherige Ausführungen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung von A2 und A3

**Begründung:** Aus Sicht der SP ist die AHV eine der grössten sozialen Errungenschaften, die sich die Schweiz gegeben hat. Sie ist repräsentativ für die Werte der SP bezüglich der sozialen Gerechtigkeit, weil sie eine sehr hohe Solidarität zwischen den Reichen und den Armen mit sich bringt. Gleichzeitig gilt es, die AHV in einen komplexen Kontext einzubetten. Für die Geschäftsleitung muss die Ehepaarrente unter Berücksichtigung der Gesamtheit des Systems betrachtet werden. Und zwar beinhaltet die AHV diverse Bestimmungen, die Ehepaare begünstigen. Dies sind Vorteile, die den Konkubinatspaaren nicht zugestanden werden:

- Beitragsbefreiung, wenn einer der Ehegatten einer Erwerbstätigkeit nachgeht und den doppelten Mindestbeitrag (960 Franken pro Jahr) entrichtet;
- Witwen- und Witwerrenten;
- Einkommensteilung, welche bei Ehepaaren zu einer Verbesserung der Renten führt. Dies trifft nicht zuletzt auf Personen mit tiefen Einkommen zu;
- Verwitwetenzuschlag, welcher die Rente des überlebenden Ehegatten um 20 Prozent verbessert.

Abschliessend beläuft sich die Gesamtsumme der Mehrkosten und der Beitragsausfälle, die in Zusammenhang mit den Vorteilen für verheiratete Paare stehen, auf 2,8 Milliarden Franken. Im Gegenzug erlaubt die Rentenplafonierung Einsparungen von 2 Milliarden Franken. Folglich und gesamthaft ergibt sich in der AHV ein jährlicher Bonus von 800 Millionen Franken zugunsten von verheirateten Paaren. Ausserdem würde die Aufhebung der Rentenplafonierung für mittlere und hohe Einkommen substantielle Verbesserungen bringen, dies auch in Anbetracht der Renten aus der 2. Säule, was im Gegensatz zu einer sozialdemokratischen Politik steht.

Diese Frage ist im Übrigen aktuell auf dem Tisch mit der CVP-Initiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“, welche die Abschaffung der Ehepaarrente beinhaltet. Die SP-Delegation in der Kommission hat sich einstimmig dagegen ausgesprochen.

**Beschluss des Parteitags:** Deutliche Ablehnung der beiden Anträge. Die Abstimmung wird wiederholt, da die Übersetzung verzögert erfolgte. Das Ergebnis bleibt gleich: Deutliche Ablehnung beider Anträge.

#### **A-4 Für unmissverständliche Aussagen zur AHV-Finanzierung**

**Antragsteller:** Parti socialiste genevois

Keine RednerInnen

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

**Beschluss des Parteitags:** Deutliche Annahme des Antrages.

#### **A-5 Bei der Unterstützung von AHVplus die Ergänzungsleistungen nicht vergessen**

**Antragsteller:** SP 60+ (Markus Brandenberger)

Markus Brandenberger: Kurze Erläuterung des Antrages.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme (wird im Text von Punkt 3 am Ende ergänzt)

**Beschluss des Parteitags:** Ohne Gegenstimme angenommen.

#### **Forderung 4: Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit**

#### **A-6 Ein stärkeres Sicherungsnetz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.**

**Antragsteller:** Lukas Horrer, Sekretär SP Graubünden

Lukas Horrer: Beharrt auf vollständiger Überweisung  
Geraldine Savary: Erläutert Haltung der GL der SP Schweiz

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist einverstanden mit den Antragstellenden, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen älterer Arbeitnehmenden nicht starr und eingleisig geschehen darf und nimmt die Ergänzungen im Text gerade auch im Hinblick auf die Folgen der Währungskrise, gerne auf. Als Hauptforderung im Titel möchte die Geschäftsleitung jedoch an einer konkreten und wirksamen Forderung des Kündigungsschutzes festhalten. Die Ergänzung im Text empfiehlt die Geschäftsleitung zur Annahme:

...Die SP fordert die Einführung von flexiblen Beschäftigungsmodellen, die strikte freiwillig von Seiten der Arbeitnehmenden angenommen werden können (z. B. Reduktion der Arbeitszeit), eine ~~Begründungspflicht bei Kündigungen und~~ den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Kurzarbeit, insbesondere für ältere Arbeitnehmende. Das sichert das finanzielle Auskommen und stabilisiert die Wirtschaft, da der Konsum nicht einbricht. Kurzarbeit muss aber mit einer Weiterbildungsoffensive einhergehen. Zu viele Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sind heute von der ALV nicht gedeckt. Das muss sich ändern. Ausserdem fordert die SP einen ausgebauten Kündigungsschutz, der zwingend einer Begründungspflicht bedarf. Menschen sind mehr als Kostenfaktoren und dürfen nicht grundlos auf die Strasse gestellt werden.

**Beschluss des Parteitags:** 130 Stimmen für Antrag SP GR. 170 Stimmen für modifizierte Annahme GL SP Schweiz. Antrag auf modifizierte Annahme der GL ist angenommen.

## **A-7/A-8**

**Antragsteller:** Parti socialiste genevois

Albert Anor: Begründet A-7 und A-8.

Geraldine Savary: vertritt die ablehnende Haltung der GL SP Schweiz zu A-7 und A-8.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die SP ist die Partei, die sich ohne Wenn und Aber für gute Bildung und Arbeitsmarktchancen für junge Menschen einsetzt. Mit allem Verständnis für diese Ergänzung möchte die Geschäftsleitung trotzdem in dieser Wahlplattform am Entscheid festhalten, hier mit konkreten Forderungen die älteren Arbeitnehmenden in den Fokus zu rücken. Auf Bedürfnisse und Probleme, mit denen sich junge Menschen am Arbeitsmarkt konfrontiert sehen, kann man nicht mit den gleichen Massnahmen reagieren, wie für Arbeitnehmende ab 50.

**Beschluss des Parteitags:** Beide Anträge werden deutlich abgelehnt.

## **A-9 Für die Schaffung von Arbeitsplätzen und gegen die Prekarisierung bestehender Beschäftigungsmodelle durch flexible Formen**

**Antragsteller:** Parti socialiste genevois

Carole-Anne Kast: Begründet den Antrag der SP Genf (neue Formulierung im Text von Forderung 4)

### **A-10 Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.**

**Antragsteller:** Parti socialiste vaudois

Arnaud Bouverat: Begründet den Antrag der SP Lausanne

Flavia Wasserfallen: Erläutert, dass beide Antragssteller mit einer modifizierten Annahme einverstanden sind.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme beider Anträge A-9/A-10

**Begründung:** Die Geschäftsleitung anerkennt, dass der Begriff der flexiblen Beschäftigungsmodellen ungenügend umschrieben war und hat dazu im Antrag zur modifizierten Annahme des Antrags 6 eine Ergänzung vorgeschlagen, welche die Freiwilligkeit betont.

**Beschluss des Parteitags:** Deutliche Annahme des Antrages der GL SP Schweiz

### **Forderung 6: Die flächendeckende Einführung von Kitas und kostenlosen Tagesschulen führt zu mehr Chancengerechtigkeit**

### **A-11 Bessere Berücksichtigung von fremdsprachigen Kindern in der Wahlplattform 2015**

**Antragsteller:** SP-MigrantInnen (Mustafa Atici, Sektion Quartierverein Gundeldingen-Bruderholz, SP Basel-Stadt)

Keine RednerInnen

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

**Beschluss des Parteitags:** Deutliche Annahme des Antrages.

### **A-12**

**Antragsteller:** Parti socialiste vaudois

Der Antrag wird von den Antragsstellern zurückgezogen, sie unterstützen stattdessen A-13.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die SP Schweiz anerkennt die verschiedenen Formen von Tagesstrukturen in den Kantonen. Tagesstrukturen unterstützen Familien in ihrer Betreuungsaufgabe, fördern Kinder in ihrer Entwicklung von Sach- und Sozialkompetenzen, begünstigen die ganzheitliche Förderung, die Integration und tragen zur Chancengleichheit bei. Sie ermöglichen Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. In diesem Sinne ist diese Formulierung zu verstehen und daran möchte die Geschäftsleitung festhalten.

### **A-13 Für eine bessere Definition der «Tagesschulstrukturen»**

**Antragsteller:** Parti socialiste genevois

Carole-Anne Kast: Begründet Antrag

Jacqueline Fehr begründet Position der GL SP Schweiz.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die Geschäftsleitung möchte an der ursprünglichen Formulierung festhalten, da sie die Forderung im Titel präziser stützt. Siehe auch Begründung zu A12.

**Beschluss des Parteitags:** Antrag A-13 wird abgelehnt.

### **Forderung 7: Kindergutschriften sorgen für eine echte Entlastung der Familien**

#### **A-14 Eine konkrete und direkte Unterstützung der Familien**

**Antragsteller:** Parti socialiste vaudois

Für die Antragsteller der SP Waadt begründet Gaétan Nanchen den Antrag. Dieser wird aber dahingehend abgeändert, dass neu nur ein Satz im Text angefügt, der Titel aber belassen wird.

Jacqueline Fehr vertritt Position der GL SP Schweiz.

Präzisierung durch Flavia Wasserfallen: Text wird um einen Satz im Lauftext ergänzt. Damit gibt es keine Differenz mehr zwischen den Antragstellern und der GL SP Schweiz.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

**Begründung:** Die Geschäftsleitung möchte auch hier an einer messbaren, konkreten und realisierbaren Forderung für die Familien im Titel festhalten. Gerne ist sie bereit den Aspekt der Entwicklung der Kaufkraft für Familien reinzunehmen. Folgender Auszug des Antrags empfiehlt die Geschäftsleitung nach dem ersten Abschnitt einzufügen:

Seit mehreren Jahren sinkt die Kaufkraft der Familien auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten (Mietkosten, Krankenkassenprämien, etc.). Der Druck ist so gross, dass die Gründung einer Familie inzwischen zum Armutsrisikofaktor geworden ist. Ein voller Lohn reicht nicht immer aus, damit eine Familie anständig leben kann, und Einelternhaushalte geraten oft in Notlagen.

**Beschluss des Parteitags:** A-14 wird mit deutlichem Mehr modifiziert angenommen.

### **Forderung 8: Krankenkassenprämien dürfen höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen**

#### **A-15 Nicht zu vergessen: die Ziele in Sachen Krankenversicherung**

**Antragsteller:** Parti socialiste vaudois

Albert Rodrik begründet den Antrag.

Guilhem Kokot (Juso) spricht für den Antrag.

Jacqueline Fehr vertritt die Position der GL SP Schweiz.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist absolut einverstanden damit, dass die Abschaffung der Kopfprämien bei den Krankenkassen ein Ziel ist, das die SP auf lange Frist verfolgen muss. Kurzfristig und angesichts der angespannten finanziellen Situation in den Kantonen ist die vordringliche Forderung jedoch, dass die Prämienlast für die Haushalte auf ein erträgliches Niveau sinkt. Deshalb schlägt die Geschäftsleitung im Einklang mit der Volksinitiative im Kanton Waadt einen Plafond vor. Diese kurzfristige Forderung kann hier nicht im gleichen Atemzug mit der Abschaffung der Kopfprämien genannt werden, weil sie in einem Widerspruch stehen.

**Beschluss des Parteitags:** Antrag wird deutlich abgelehnt.

#### **Forderung 9: Eine verkehrsberuhigte Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde für mehr Lebensqualität für alle**

##### **A-16 Für einen starken Service public und einen leistungsfähigen ÖV in den Agglomerations- und auf dem Land**

**Antragsteller:** Parti socialiste vaudois

Alexandre Rydlo begründet den Antrag.

Jacqueline Fehr vertritt die Position der GL SP Schweiz.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die formulierte Forderung nach einer Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde, die zu mehr Identität und Lebensqualität führt, ist aus Sicht der Geschäftsleitung sowohl messbar und auch verständlich. Ausserdem reiht sich dieser Punkt in das laufende Agglomerationsprojekt der Partei ein, welches aktuell mit über 30 Sektionen aus den verschiedensten Agglomerationen angelaufen ist. Aus diesem Grund hat sich die Geschäftsleitung für diesen Fokus entschieden. Selbstverständlich kämpft die SP auf allen Ebenen, auf dem Land und in der Stadt für einen starken Service public und einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr.

**Beschluss des Parteitags:** 108 Stimmen für Antrag SP Waadt. 125 Stimmen für Ablehnung gemäss GL SP Schweiz. Der Antrag ist abgelehnt.

#### **Forderung 10: Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft**

##### **A-17 Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft**

**Antragsteller:** Parti socialiste vaudois



Antragssteller sind mit Position der GL einverstanden. Keine RednerInnen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist einverstanden mit der neuen Formulierung im Text. Allerdings empfiehlt sie den folgenden Satz aus der ursprünglichen Formulierung zusätzlich einzubauen nach "...für das Klima fatalen Abhängigkeit zu befreien":

Ausserdem schafft der Einstieg in ein erneuerbares Energiezeitalter tausende von sicheren und attraktiven Arbeitsplätzen.

**Beschluss des Parteitags:** Antrag mit deutlichem Mehr modifiziert angenommen.

## Neue Forderungen

### **A-18 Die Bilateralen Verträge müssen gerettet und die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts sachlich diskutiert werden**

**Antragsteller:** Jon Pult, Präsident SP Graubünden

Jon Pult (SP Graubünden) begründet den Antrag.

Matthias Aebischer argumentiert gegen den Antrag (vor den Wahlen sei nicht der Zeitpunkt für diese Debatte).

Géraldine Savary und Christian Levrat vertreten die Position der GL SP Schweiz.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die SP hatte sich vor 22 Jahren als Partei der europäischen Integration positioniert. Realistisch und zukunftsweisend zugleich. Diese strategische Option muss und wird die SP jetzt weiterverfolgen. Seit dem 9. Februar haben wir uns wiederholt und unmissverständlich dafür ausgesprochen, dass für die Schweiz und die ganze Bevölkerung ein gutes Verhältnis zu Europa zentral ist. Die Beziehung zu Europa muss aus Sicht der SP gestärkt, ausgebaut und auf eine verlässliche Basis gestellt werden. Dieses Credo wird in der Präambel der Wahlplattform als übergeordnetes Thema festgehalten.

Ein starkes Bekenntnis zu Europa hat die SP mit der Verabschiedung der Europa-Resolution „Gemeinsam für eine soziale und offene Schweiz in einem sozialen und prosperierenden Europa – jetzt erst recht!“ kurz nach der Abstimmung vom 9. Februar ausgesendet (siehe dazu [www.sp-ps.ch/de/soziale-schweiz](http://www.sp-ps.ch/de/soziale-schweiz)).

Die SP hat die gute Beziehung zu Europa und die Bedeutung der bilateralen Verträge denn auch als Richtschnur für das umfangreiche Positionspapier zur Umsetzung des Art. 121a der Bundesverfassung gewählt (siehe dazu [www.spschweiz.ch/aussenpolitik](http://www.spschweiz.ch/aussenpolitik)) welches an der Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet wurde.

2016 wird die Bevölkerung voraussichtlich über die Frage entscheiden können, welche Beziehung wir mit Europa in Zukunft möchten. Die SP wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass mit dieser Abstimmung den Abschottungsgelüsten endgültig abgeschworen werden kann. Die Geschäftsleitung möchte die Frage, welchen Weg die Schweiz in Zukunft gehen wird, ob offen und gemeinsam mit Partnern oder alleine und abgeschottet, als übergeordnetes Thema beibehalten, die Flughöhe

bewahren und sieht keinen Grund diese Fragestellung in eine Forderung zu giessen, welche darauf zielt die Bilateralen zu bewahren und Optionen zu diskutieren.

**Beschluss des Parteitags:** Der Antrag wird deutlich abgelehnt.

### **A-19 Stopp von Spekulation, Verschandelung und LKW-Lawinen als Basis einer sorgfältigen Berggebiets- und Tourismuspolitik**

**Antragsteller:** Jon Pult, Präsident SP Graubünden

Jon Pult: Vertritt den Antrag

Geraldine Savary: Vertritt die Haltung der GL SP Schweiz.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die SP setzt sich mit aller Kraft für eine Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative ein, die keine Schlupflöcher bietet und den Alpenraum und die Landschaft schützt. Sollte die Umsetzung löchrig sein und den Verfassungsauftrag missachten, ist die SP bereit mit befreundeten Organisationen das Referendum gegen die Umsetzungsgesetzgebung zu ergreifen.

Ebenso bei der Bekämpfung der zweiten Gotthardröhre wird sich die SP mit zahlreichen Organisationen an vorderster Front dafür einsetzen, dass diese wichtige Abstimmung 2016 gewonnen wird.

Die Geschäftsleitung anerkennt, dass es in der kommenden Legislatur viele wichtige Themen auf der Agenda stehen, die unseren Einsatz erfordern werden. Trotzdem möchte die Geschäftsleitung in der Wahlplattform die 10 wichtigsten und übergreifendsten Forderungen betonen und am Thema der Krankenkassenprämien festhalten.

**Beschluss des Parteitags:** Der Antrag wird deutlich abgelehnt.

### **A-20 Gute Löhne und Anstellungsbedingungen durchsetzen**

**Antragsteller:** Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Antrag zurückgezogen zu Gunsten Antrag A-18.

### **A-21 Personenfreizügigkeit mit der EU retten – oder beitreten**

**Antragsteller:** Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Antrag zurückgezogen zu Gunsten Antrag A-18.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung von A20 und A21

**Begründung:** Die Geschäftsleitung möchte bei den Forderungen konkret bleiben und hier nicht zwei zentrale und wichtige Anliegen vermischen, sondern an den Punkten 1 und 4 festhalten.

Die SP ist nicht länger bereit die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann zu akzeptieren. Die Zeit der freiwilligen Massnahmen ist vorbei und hat ungenügende Resultate gebracht.

Die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt ist mit dem Entscheid der SNB, den Mindestkurs aufzuheben, noch einmal angespannter. Die Geschäftsleitung ist überzeugt, dass

es besondere Massnahmen braucht zum Schutz der älteren Arbeitnehmenden wie in der Plattform begründet.

Den neuen Punkt mit Antrag 21 lehnt die Geschäftsleitung mit der gleichen Begründung wie zu Antrag 18 ab.

**Beschluss des Parteitags:** Anträge zurückgezogen zu Gunsten A-18.

### **A-22 Familien unterstützen statt reiche Eltern beschenken**

**Antragsteller:** Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

### **A-23 Zuwanderung in den Arbeitsmarkt regeln**

**Antragsteller:** Felix Birchler, Vize-Präsident SP Kanton St.Gallen

Felix Birchler: Vertritt die Anträge A-22 und A-23.

Ali Korkmaz: Äussert sich zu Antrag A-23. Die SP soll sich wieder mit den Problemen der entsandten Arbeitskräfte widmen. Er wünscht, dass der Antrag der SP St. Gallen unterstützt wird.

Geraldine Savary: Vertritt die Haltung der GL SP Schweiz

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung von A22 und A23

**Begründung:** Die Geschäftsleitung möchte an den Forderungen 6 und 7 festhalten. Einerseits geht es bei der Chancengerechtigkeit stark um den Bildungsaspekt und darum, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. Hingegen in Punkt 7 geht es darum, dass heutige System der finanziellen Unterstützung von Familien gerechter und effektiver zu gestalten. Diese beiden Forderungen ergänzen sich gut, sollten aus Sicht der GL jedoch als eigenständige Forderungen beibehalten werden.

Die Geschäftsleitung lehnt ausserdem die Aufnahme einer neuen Forderung mit A23 ab. Es sind in erster Linie sozial- und wirtschaftspolitische Antworten, welche sowohl auf die Ängste in der Bevölkerung als auch die Herausforderung der Zuwanderung gegeben werden müssen (siehe dazu auch das Positionspapier zur Umsetzung von Art. 121a (siehe dazu [www.spschweiz.ch/aussenpolitik](http://www.spschweiz.ch/aussenpolitik)). In der Wahlplattform finden sich dazu sehr viele konkrete und wichtige Forderungen (Lohnschutz, Bildung, Vereinbarkeit Familie und Beruf, bezahlbarer Wohnraum etc.). Die Geschäftsleitung möchte auf dieser Ebene bleiben und empfiehlt den Antrag, der im Übrigen keine konkrete Forderung enthält, zur Ablehnung.

**Beschluss des Parteitags:** 99 stimmten für die Anträge. 134 Stimmen gegen die Anträge. Die Anträge sind abgelehnt.

### **Schlussabstimmung**

Die Wahlplattform wird sehr deutlich angenommen.

### **5.3. Lancierung Mobilisierungskampagne**

Matthias Aebischer würdigt die Mobilisierungskampagne.

Flavia Wasserfallen führt Zeit-Spendenaktion durch. Mit Smartphone können die Anwesenden online Zeit eingeben, die sie für die Wahlkampagne spenden.

## 6. Auftritt von Simonetta Sommaruga, Bundespräsidentin und Alain Berset, Bundesrat

Die beiden Bundesräte werden von drei Mitgliedern (Carlo Lepori, Bennoît Gaillard, Derya Sahin) zu aktuellen Themen (Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitsmarkt im Tessin, Altersreform 2020, Flüchtlingspolitik, SP Beteiligung im Bundesrat) befragt.

## 7. Kulturelles Intermezzo mit dem Duo Luna-tic

Vier Klaviere, zwei Hände, eine Stimme (oder so).

## 8. Ersatzwahl Vize-Präsidium SP Schweiz

David Roth hat Anfang Dezember 2014 bekannt gegeben, dass er auf den Parteitag 2015 als Vize-Präsident der SP Schweiz zurücktreten wird. Für den frei gewordenen Sitz stellt sich Juso-Präsident **Fabian Molina** zur Wahl.

Verabschiedung von David Roth durch Christian Levrat.

**Beschluss des Parteitags:** Fabian Molina wird einstimmig gewählt.

Dankesrede von Fabian Molina.

Andy Tschümperlin verabschiedet Stefan Hostettler (Leiter Abteilung Politik, stv. Generalsekretär SP Schweiz), der das Zentralsekretariat auf Ende Februar verlässt.

**Ordnungsantrag:** Wegen der fortgeschrittenen Zeit sollen R4 bis R6 auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben werden.

**Beschluss Parteitag:** Ordnungsantrag wird deutlich angenommen.

## 9. Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen vom 8. März 2015

### Volksinitiative der CVP „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“

Kurzreferat Beat Jans, Nationalrat BS

**Stellungnahme der Geschäftsleitung:** Dem Parteitag wird die Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ zur Ablehnung empfohlen.

**Beschluss des Parteitags:** Die Initiative wird mit 244 Stimmen einstimmig abgelehnt.

### Volksinitiative der GLP „Energie- statt Mehrwertsteuer“

Kurzreferat Roger Nordmann, Nationalrat VD

**Stellungnahme der Geschäftsleitung:** Dem Parteitag wird die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» zur Ablehnung empfohlen.

**Beschluss des Parteitags:** Die Initiative wird mit 253 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

## 10. Behandlung von weiteren Resolutionen und Anträgen

### 10.1. Resolutionen zur Frankenstärke

#### **Resolution der Geschäftsleitung R-0 Die vier Antworten der SP Schweiz auf den starken Franken**

Marina Carobbio spricht für die Resolution der Geschäftsleitung.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

#### **Resolution SP Tessin R-1 Dringliche Massnahmen zur Unterstützung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Grenzregionen - Zur Stärkung des nationalen und sozialen Zusammenhaltes**

Gina Mantia: Verteidigt die Resolution der SP Tessin.  
Filippo Contarini: Bekräftigt die Haltung der SP Tessin.

#### **Resolution Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin BL und Jean Christophe Schwaab, Nationalrat VD R-2 SP setzt sich für Mindestkurs des Frankens ein**

Susanne Leutenegger Oberholzer: Verteidigt die Resolution.  
Jean Christophe Schwaab: Betont die katastrophalen Folgen des Entscheids der Nationalbank.

#### **Resolution Jacqueline Badran R-3 Aufgabe Mindestkurs CHF: Forderungen SP aus KMU-Sicht**

Jacqueline Badran: Verteidigt die Resolution.

Fabian Molina untermauert die Bedeutung der Resolutionen R-0 bis R-3.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme der Resolutionen R1-R3 (mit Verweis auf die vier zusammenfassenden Antworten auf dem Deckblatt)

**Beschluss des Parteitags:** Die Resolutionen R-0 bis R-3 werden einstimmig angenommen.

### 10.2. Weitere Resolutionen

#### **Resolution Badran, Molina, Schwaab, Wermuth, Sommaruga, Carobbio R-4 NEIN zu TiSA, NEIN zu TTIP, NEIN zu CETA**

**NEIN zur Aushöhlung der öffentlichen Dienste – NEIN zur totalen Liberalisierung unseres Landes – NEIN zu Souveränitätsverlust**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Entgegennahme zur Prüfung und Bekräftigung der roten Linien

Die Geschäftsleitung ist sich der Risiken, die mit den auszuhandelnden Freihandelsabkommen einhergehen bewusst und teilt in weiten Teilen die Skepsis, welche der Resolution zugrunde liegt. Natürlich ist die Schweiz in einer besonderen Position, weil wir grundsätzlich bei TTIP und CETA nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. Wir werden jedoch unsere engen Kontakte mit den europäischen sozialdemokratischen Schwesterparteien nutzen, um unsere roten Linien zu verstärken, welche im Übrigen auch geteilt werden.

Die Verhandlungen bei allen solchen Abkommen sind notgedrungen sehr intransparent und noch lange nicht abgeschlossen. Noch ist nicht ausgeschlossen, dass es dank dem europaweit organisierten sozialdemokratischen Druck gelingt, mit den beiden Freihandelsabkommen USA-EU (TTIP) und EU-Kanada (CETA), fortschrittliche politische, soziale und ökologische Standards zu setzen, und damit gerechtere Standards für den Welthandel insgesamt zu vereinbaren. Wenn mit den USA und Europa die beiden größten Handelsräume weltweit Maßstäbe setzen, kann dies zu einem wirkungsvollen Hebel für eine bessere politische Gestaltung der Globalisierung werden.

Was das Dienstleistungsabkommen TISA anbelangt, so hat der Bundesrat bisher ausgeschlossen, dass davon der Service public Bereich irgendwie betroffen sein könnte. Vielmehr gehe es um Rechtssicherheit in andere Dienstleistungssektoren. Diese sind für den Werkplatz Schweiz von grosser Bedeutung. Würde sich der Bundesrat nicht an seine Versprechen halten, wäre ein Referendum gewiss und die Niederlage des Bundesrates auch.

Die Geschäftsleitung wird anhand der folgenden roten Linien die Ergebnisse der Verhandlungen beurteilen und ihre Empfehlung wiederum einem Beschluss der Delegierten vorlegen:

- Die Freihandelsabkommen dürfen Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden. Mit den Abkommen müssen europäische Standards etwa im Arbeits- und Umweltrecht, beim Daten-, Verbraucher-, Tier- oder Gesundheitsschutz oder in Fragen der Kultur weiter ausgebaut und als globale Standards vorangetrieben werden.
- Ein allfälliges Dienstleistungsabkommen (TISA) muss nachweislich Arbeitsplätze schaffen und sichern und darf unter keinen Umständen den Service public oder Finanzmarktregulierungen schwächen.
- Die hohe Qualität des Service Public und die aktuellen Besitzverhältnisse dürfen nicht tangiert werden.
- Bestimmungen zum Investorenschutz zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen sind nicht erforderlich und dürfen daher nicht eingeführt werden
- **Beschluss des Parteitags:** Resolution wird auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben.

**Resolution SP Kanton Neuenburg  
R-5 Unternehmenssteuerreform III (USR III):  
Ja zu einer attraktiven Schweiz, Nein zu ihrer Verarmung!**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

**Beschluss des Parteitags:** Resolution wird auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben.

**Resolution der SP Orbe und Umgebung  
R-6 Für einen verlässlichen Kaufkraftindex der Lohnabhängigen!**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

**Beschluss des Parteitags:** Resolution wird auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben.

**Resolution PS vaudois  
R-7 Eine konkrete Unterstützung für Familien**

Die SP Waadt ist mit der modifizierten Annahme der Resolution einverstanden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme (Annahme von Punkt 1 und Ablehnung von Punkt 2)

Die SP hat bereits mehrere Male angeregt, die Kinderzulagen zu erhöhen. Zuletzt mit der Motion von Ständerat Paul Rechsteiner (14.3285), welche eine Erhöhung der Kinderzulagen um 50 Franken gefordert hat. Die Motion wurde im Ständerat im Juni 2014 abgelehnt. Die Geschäftsleitung ist bereit, der SP-Fraktion anzuregen, diese Forderung mittels parlamentarischer Initiative erneut einzureichen.

Die Geschäftsleitung ist ausserdem bereit, die Arbeiten für eine solche Volksinitiative anzugehen, erachtet es jedoch als zu verfrüht, sich auf die Lancierung einer solchen Volksinitiative festzulegen, bevor das Resultat vom 8. März klar ist.

**Beschluss des Parteitags:** Resolution wird angenommen.

### 10.3. Weitere Anträge

**A-1 Geschäftsleitung SP Schweiz  
Antrag zur Kindergutschrift-Initiative**

David Roth vertritt die Position der GL SP Schweiz.

**Antrag der Geschäftsleitung:** Die Lancierung der Kindergutschrift-Initiative soll sistiert und das Anliegen auf einen Systemwechsel bei der Familienfinanzierung vorerst auf parlamentarischem Weg (Kantone und Bund) weiterverfolgt werden.

**Beschluss des Parteitags:** Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

**A-2 Antrag der Geschäftsleitung SP Schweiz  
Antrag zuhänden Parteitag „Mitunterstützung Velo-Initiative“**

Kurzreferat Thomas Hardegger, Nationalrat ZH

**Antrag der Geschäftsleitung:** Mitunterstützung der Velo-Initiative durch die SP Schweiz und Beitritt im Trägerverein

**Beschluss des Parteitags:** Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

**Varia**

Agnes Weber weist darauf hin, dass die Unterschriftenbogen für die RASA-Initiative aufliegen und bittet, diese zu unterschreiben

German Eyer spricht zum Arbeitskampf mit der Tamoil im Wallis, bei dem es um 250 Arbeitsplätze geht. Die Delegierten zeigen der Tamoil-Geschäftsleitung die rote Karte.

Melchior weist auf die Bedeutung der Wahlen in Genf ein und ruft dazu auf, alle Netzwerke zu nutzen, um die SP in Genf zu stärken.

**11. Schluss/Ausklang/Apéro**

Leyla Gül bedankt sich bei allen Mitwirkenden und Delegierten. Der Parteitag wird mit der Internationalen abgeschlossen.